

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 32. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 11. November 2010, 10 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtags (Sitzungszimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:

- | | Seite |
|--|--------------|
| 1. Ergebnisse der 137. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 2. bis 4. November 2010 | 5 |
| Vorlage des Finanzministers
Umdruck 17/1469 | |
| 2. Voten zu den Bemerkungen 2010 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2008 | 6 |
| Votenentwurf
Umdruck 17/1457 | |
| 3. Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 1. April 2015 | 7 |
| Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung -

(überwiesen am 10. September 2010 an den Bildungsausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)

Anwendungsvereinbarung schließt Privatisierung des UK S-H bis zum 1. April 2015 aus - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Umdruck 17/1462 | |
| 4. Bericht der Landesregierung zum erwarteten Betriebsergebnis für das Geschäftsjahr 2010 und weitere Entwicklungen beim Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) | 8 |
| Berichts Antrag der FDP-Fraktion | |
| 5. Information/Kenntnisnahme | 10 |
| Umdrucke 17/1270 und 17/1418 - IT-Beschaffung und Datenschutz Hochschulen
Umdruck 17/1337 - Einzelplan 07
Umdruck 17/1338 - Ländervereinbarung Maul- und Klauenseuche
Umdruck 17/1408 - Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushalt | |

Umdruck 17/1414 - Landesministergesetz
Umdruck 17/1419 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben III 2010
Umdruck 17/1468 - Fraunhofer-Institut in Lübeck
interner Umdruck 17/1465 - Petition zur JVA Flensburg

6. Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen zwischen Flensburg und Padborg 11

Vorlage des Verkehrsministeriums
vertraulicher Umdruck 17/1421

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3
GeschO)

Punkt 6 der Tagesordnung wird **nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO** behandelt (siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung).

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Ergebnisse der 137. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom
2. bis 4. November 2010**

Vorlage des Finanzministers
Umdruck 17/1469

Auf eine Frage von Abg. Heinold bestätigt St Dr. Bastian, das konjunkturelle Defizit werde durch die Steuerschätzung etwa halbiert.

Der Ausschuss nimmt Umdruck 17/1469 zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Voten zu den Bemerkungen 2010 des Landesrechnungshofs mit Bericht
zur Landeshaushaltsrechnung 2008**

Votenentwurf
Umdruck 17/1457

Der Antrag von Abg. Harms, im Votum zu Textziffer 7 - Aktuelle Haushaltslage - die Sätze „Die Empfehlungen der Haushaltsstrukturkommission bieten eine gute Grundlage, die Finanzsituation des Landes nachhaltig zu verbessern. Wer einzelne Vorschläge der Kommission nicht mittragen kann, muss eigene Vorschläge mit ähnlicher Dimension unterbreiten.“ zu streichen, wird bei Enthaltung der LINKEN angenommen.

Der Antrag von Abg. Koch, im Votum zu Textziffer 16 - Grunderwerbsteuer - die Wörter „auf 5 %“ und „und möglichst schnell umsetzt“ zu streichen, wird mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der LINKEN angenommen.

Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wird der Antrag von Abg. Koch angenommen, im Votum zu Textziffer 24 - Murmann School - den ersten Satz wie folgt zu fassen: „Der Finanzausschuss nimmt die Feststellungen des Landesrechnungshofs zur Kenntnis.“

Mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Voten zu den diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs, Umdruck 17/1457, mit den drei beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 1. April 2015

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung -

(überwiesen am 10. September 2010 an den Bildungsausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)

Anwendungsvereinbarung schließt Privatisierung des UK S-H bis zum 1. April 2015 aus - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Umdruck 17/1462

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss, den Antrag Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung - abzulehnen und den Antrag Umdruck 17/1462 anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zum erwarteten Betriebsergebnis für das Geschäftsjahr 2010 und weitere Entwicklungen beim Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H)

Berichts Antrag der FDP-Fraktion

M de Jager geht davon aus, dass der Vorstand des UK S-H wie in den Vorjahren auch in diesem Jahr sein Ziel erreichen werde.

Auf Fragen von Abg. Loedige trägt Prof. Dr. Scholz, Vorstandsvorsitzender des UK S-H vor, bis zur Sitzung des Finanzausschusses des Aufsichtsrats am 2. Dezember 2010 werde man neue Prognosewerte erstellen. Das UK S-H unternehme alles, um sich dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts anzunähern. Ob das Ziel einer ausgeglichenen Bilanz erreicht werde, liege auch an den Rahmenbedingungen, die das Klinikum allein nicht beeinflussen könne. Mit den Krankenkassen habe man sich bisher nicht über das Budget einigen können. Nach dem Buchungsschluss am 15. Januar 2011 könne man das tatsächliche Jahresergebnis 2010 relativ genau abschätzen. Höhere Personalkosten seien auf gestiegene Leistungen zurückzuführen und führten zu Mehrerlösen.

M de Jager weist darauf hin, dass das Land seinen Zuschuss an das UK S-H im Laufe des Jahres 2010 um 5,4 Millionen € gekürzt habe, sodass auch ein Verlust von 5,4 Millionen € im Wirtschaftsjahr 2010 anerkennenswert wäre.

P Dr. Altmann erkundigt sich nach der Entwicklung des strukturellen Defizits und des aufgelaufenen Schuldenstands des UK S-H. Er hält es für problematisch, dass das Land seinen Zuschuss an das UK S-H zurückfahre und das UK S-H entsprechend mehr Schulden mache.

Prof. Dr. Scholz macht darauf aufmerksam, dass sich die getroffenen Maßnahmen, die 2009 zu erheblichen Einmaleffekten geführt hätten, positiv auf die weitere wirtschaftliche Gesundung des Klinikums auswirkten. Inwieweit man den im Sommer 2010 um 5,4 Millionen € gekürzten revidierten Zuweisungsbescheid für Forschung und Lehre werde schultern können, sei offen.

Abg. Weber fragt, was die auf den Weg gebrachten Strukturmaßnahmen gebracht hätten und ob durch die Umsetzung der Veränderungen tatsächlich eine ausgeglichene Bilanz erreicht werden könne.

M de Jager stellt heraus, trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen bleibe es bei dem Ziel, eine schwarze Null zu erreichen. Entscheidend sei eine Verbesserung der baulichen Rahmenbedingungen.

Abg. Heinold bittet darum, den Finanzausschuss Anfang 2011 über das Jahresergebnis 2010 des UK S-H zu unterrichten. Sie bekräftigt das Interesse daran, dass das Klinikum mit den ihm zugewiesenen Mitteln auskomme, ohne in der Qualität bei der Krankenversorgung, Forschung und Lehre im Bundesvergleich zurückzufallen.

Prof. Dr. Scholz teilt mit, das aufgelaufene Defizit betrage derzeit 114 Millionen €, für das das UK S-H Zinsen zahlen müsse. Das UK S-H gehe den politisch vorgegebenen Weg, der mit schmerzhaften Einschnitten für die Beschäftigten verbunden sei. Das für das UK S-H errechnete strukturelle Defizit von jährlich 30 Millionen € könne nachhaltig nur durch bauliche Veränderungen abgebaut werden.

St Dr. Bastian stellt klar, das UK S-H habe noch nicht die schwarze Null erreicht, und die Kürzungen würden weitergehen. Die Kürzung des Landeszuschusses müsse das Klinikum durch entsprechende Maßnahmen auffangen und dürfe nicht einfach nur umgebucht werden. Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre werde angesichts der Haushaltslage des Landes in den nächsten Jahren weiter reduziert werden müssen. Die vorgesehenen Baumaßnahmen müssten sobald wie möglich voranschreiten, um das betriebswirtschaftliche Ergebnis weiter zu verbessern.

Auf Fragen von Abg. Loedige und Schippels bestätigt Prof. Dr. Scholz, weil das Jahresergebnis 2009 um 300.000 € besser ausgefallen sei als geplant, sei gemäß Tarifvertrag an die ver.di-Mitglieder jeweils ein Betrag zwischen 10 und 20 € ausgezahlt worden. Für bundesweit uneinheitliche Basisfallwerte gebe es keine sachliche Begründung mehr, weil die Personal- und Sachkosten bundesweit weitgehend gleich seien.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdrucke 17/1270 und 17/1418 - IT-Beschaffung und Datenschutz Hochschulen

Umdruck 17/1337 - Einzelplan 07

Umdruck 17/1338 - Ländervereinbarung Maul- und Klauenseuche

Umdruck 17/1408 - Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushalt

Umdruck 17/1414 - Landesministergesetz

Umdruck 17/1419 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben III 2010

Umdruck 17/1468 - Fraunhofer-Institut in Lübeck

interner Umdruck 17/1465 - Petition zur JVA Flensburg

Abg. Loedige bittet das Finanzministerium darum, bis zur nächsten Sitzung zum Schreiben des Landesrechnungshofs zum **Haushalt**, Umdruck 17/1408, schriftlich Stellung zu nehmen.

Auf eine Frage von Abg. Loedige zu Umdruck 17/1419 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben - erläutert RL Sörensen, Grundlage der Anträge der Verkehrsunternehmen seien (oftmals von Studierenden durchgeführte) eigene Zählungen, deren Ergebnisse man akzeptieren müsse und nach SGB IX nicht kontrollieren könne.

Abg. Callsen bittet das Verkehrsministerium darzustellen, wie sich die **Fahrgelderstattungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr** in den letzten fünf Jahren entwickelt hätten und auf welcher Berechnungsgrundlage die Beträge ermittelt worden seien.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen zu Umdruck 17/1468 - **Fraunhofer-Institut in Lübeck** - teilt Frau Osterholz mit, die Gesamtkosten von 6 Millionen € umfassten Personal-, Sach- und Investitionskosten. Im Rahmen der Anschubfinanzierung beteilige sich die Fraunhofer-Gesellschaft noch nicht mit eigenen Mitteln.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen zwischen Flensburg und Padborg

Vorlage des Verkehrsministeriums
vertraulicher Umdruck 17/1421

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3
GeschO)

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer